

KOMMENTARE

Ein Verbot, das keine Wirkung hat



Philippe Debionne
ärger sich über allzu plumpe
Wahlkampfmanöver des
Bundesinnenministers.

Ich bin kein Freund gewaltbereiter Demonstranten. Und Menschen, die Autos von anderen Menschen anzünden, um ein angeblich „politisches Zeichen“ zu setzen, sie gehören vor Gericht gestellt. Ein Politiker, der sich kurz vor der wichtigsten Wahl unseres Landes für einen angeblichen Erfolg, der in Wahrheit keiner ist, feiern lässt, ist mir allerdings genauso unangenehm. Wie aktuell Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Mit stolz geschwellter Brust teilten er und seine Behörde am Freitag mit, die linke Internetplattform linksunten.indymedia.org verboten zu haben. Auch von der „Beschlagnahmung des Vereinsvermögens“ war die Rede. Formulierungen, die man aus Verbotsverfügungen gegen kriminelle Rockerbanden kennt. Und bei denen sie möglicherweise auch Sinn gemacht haben, wenn es darum ging, Gelder aus Drogen- und illegalen Rotlichtgeschäften zu beschlagnahmen. Aber bei einer Internetseite, deren Betreiber nicht festgenommen werden können, weil ihnen kein Straftatbestand nachgewiesen werden kann?

Man gehe immerhin „konsequent gegen linksextremistische Hetze im Internet vor“, so der Minister, und habe „ein deutliches Zeichen gesetzt“. Mit Verlaub, Herr Minister: Ein Zeichen wofür? Für die Ablehnung linker Gewalt? Niemand braucht ein Zeichen, dass die Behörden linksautonomen Terror verurteilen. Oder glaubt das Innenministerium tatsächlich, mit diesem Verbot irgendetwas zu erreichen? Falls ja, muss man sich fragen, inwieweit die Verantwortlichen im Ministerium das Internet überhaupt begreifen. Die Entscheidung, die fragliche Seite vorübergehend offline zu stellen, haben die Betreiber getroffen. Und niemand anderes. Die Entscheidung, sie wieder online zu stellen, werden ebenfalls nicht der Innenminister oder andere Behörden fällen. Sondern wieder die Betreiber – mit ihren Verbindungen nach Brasilien, in die USA und nach Kanada. Ihnen ist egal, was hier verboten ist und was nicht. Und die Behörden haben keine Möglichkeit, etwas dagegen zu unternehmen.

Ein deutscher Landes-Innenminister gab letztes Jahr noch offen zu, dass man keine wirkliche Chance habe, Veröffentlichungen auf linksunten.indymedia.org zu unterbinden. Damals stand allerdings auch keine Bundestagswahl vor der Tür.

Das System Volkswagen



Thorsten Knuf
sagt, dass die Kultur des
Martin Winterkorn VW noch
immer prägt.

Für den ehemaligen VW-Chef Martin Winterkorn wird die Lage zunehmend schwierig. Eine direkte Beteiligung Winterkorns am Abgas-Betrug lässt sich bisher offenbar nicht belegen. Aber es mehren sich doch die Anzeichen, dass der 70-Jährige viel eher von den Vorgängen wusste, als er behauptet. Statt im September 2015 habe Winterkorn bereits im Juli vom Betrug in den USA gewusst, hat ein ehemaliger Vertrauter in Vernehmungen zu Protokoll gegeben. Zwei Monate sind eine lange Zeit. Erst recht, wenn der Vorwurf der Marktmanipulation im Raum steht. Wütende Aktionäre fordern mehr als acht Milliarden Euro Schadenersatz. Die Sache kann noch einmal richtig teuer für VW werden.

Bemerkenswert sind die Vorgänge aber noch aus einem anderen Grund: Wenn in der Causa Winterkorn neue Erkenntnisse zutage treten, sind diese stets auf die Arbeit der Justiz zurückzuführen. Die Ermittler drehen jeden Stein um. Von Volkswagen selbst hingegen ist bisher kaum etwas zu hören. Die Ergebnisse der internen Untersuchungen werden unter Verschluss gehalten. Dabei hat der Volkswagen-Konzern doch hoch und heilig versprochen, den Diesel-Skandal in den eigenen Reihen schonungslos aufzuarbeiten.

Der Massenbetrug bei Volkswagen war nur möglich, weil sich das Unternehmen unangreifbar fühlte. Am Markt sowieso, aber auch mit Blick auf Regierungen und Behörden. Dieser Geist lebt fort, wie die Informationspolitik von Volkswagen rund um den Diesel-Skandal und sein schäbiges Verhalten gegenüber geprellten Kunden in Europa zeigen. Der Neustart bei VW ist ungläubwürdig, so lange das System Winterkorn im Konzern weiterlebt. Winterkorn ist weg, aber seine Weggefährten haben das Steuer übernommen. Sollten sie glauben, den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden schützen zu müssen, tun sie dem Unternehmen auf lange Sicht keinen Gefallen



Unterwegs nach Antalya. Wohin treibt das deutsch-türkische Verhältnis?

Karikatur: Berliner Zeitung/Thomas Pfaffmann

Berliner Zeitung

Kunst ist Kunst, nicht Waffe



Ingeborg Ruthe kann der heftig kritisierten documenta 14 eine Menge abgewinnen, nicht aber den penetrant ideologischen Ton.

Wer erwartet hat, dass diese documenta 100 Tage lang lukullische Bildpracht entfalten würde, die den Kunst-hunger nach Schönem, Edlem, Idealem stillen würde, muss naiv sein. Die Kasseler documenta war schon bei ihrer Gründung 1955 politisch. Damals suchte man mit der Nachkriegsavantgarde den Anschluss an die von Hitler verfeimte Vorkriegsmoderne. Und spätestens seit der siebten Ausgabe, als der Kunstmahner Joseph Beuys seine 7 000 Eichen pflanzte, wurde jede nachfolgende Weltkunstschau direkter – auch anstrengender. Sie lenkte den Blick auf die dunklen Flecken der Welt.

Ausgesprochen spröde, unverblümt, auch bisweilen kryptisch war schon der allererste Eindruck der documenta 14. Und doch zugleich herausfordernd, aufritzelnd, erhellend: Die Kunst befasst sich mit der Welt, wie sie ist, nicht mit einem ferneren, verlogenen Arkadien. Realitäten, nicht vorgetäuschte Ideale sind der Stoff, aus dem all die Installationen, Skulpturen, Bilder, Filme, öffentlichen Aktionen der Künstler aller Kontinente entstanden.

Gleich am ersten Tag fesselte mich am Kasseler Königsplatz ein grauer Obelisk, 16 Meter hoch. Den hat der Nigerianer Olu Oguibe aufgestellt. In Griechisch, Arabisch, Englisch und Deutsch steht auf dem Beton in Goldlettern zu lesen, was von Jesus in der Bibel (Matth. 25,35) steht: „Ich war ein Fremdling und ihr habt mich beherbergt.“ Auf den Bänken ringsum sitzen „Fremdlinge“, lesen den arabischen Schriftzug, Womöglich ist der Platz mit besagtem Obelisk eben darum für viele in Kassel aufgeschlagene Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten ein Ort, der sie anzieht – ein Versprechen. Derart politisch scharfgestellt, intelligent und zugleich

subtil sind viele Beiträge. Das Kind mit dem Bade allerdings schütten documenta-Performer aus, die, wie dieser Tage, eine weltweit Empörung auslösende Aktion „Auschwitz on the Beach“ anberaumen, wo Europas Flüchtlingspolitik bedenkenlos mit dem Holocaust durch das NS-Regime gleichgesetzt wird. Notdürftig die Schadensbegrenzung, als documenta-Chef Adam Szymczyk den drohenden Eklat kurz vor ultimo abwandte – allerdings „nur“ ein Missverständnis nannte.

Kunst darf, soll, muss aufässig sein. Aber wenn das nach hinten losgeht, wenn sie den Sack schlägt statt den Esel, dann läuft was gründlich schief. Und nicht bloß wegen solcher fataler Provokationen wird geschimpft, verschaffen Besucher ihrer Enttäuschung Luft, häufen sich ungläubige, ironische bis harsche Schlagzeilen in den Medien und Kommentare in den sozialen Netzwerken: Wie könne eine Großschau, die – und deren Jet-Set-Kuratoren – durchweg großzügig vom Staat wie vom Kapital mit 34 Millionen Euro finanziert werden, glaubwürdig auftreten gegen das System – staatsfern, antikapitalistisch? Die documenta 14 will wie keine andere zuvor diese Welt umkrepeln, Medium sein ge-

gen Unrecht, Ungleichheit und Unterdrückung? Zugespißt gilt also der Schlachtruf früher linker Avantgarden: Kunst als Waffe. Schwert und Schild im Kampf der Ideologien: Weg mit dem Kapitalismus, Schluss mit der Milliardenindustrie Kunstmarkt. Alle Macht den Künstlern und Kuratoren. Und nach der Schlacht kann man sich ja dann ganz locker bei den von Großkonzernen gesponserten Partys treffen.

Aber genau das ist es, was Zweifel auslöst. Die Massen strömen, sind aber auch skeptisch. Seit die Kunst zu einer Bedeutungshoheit und in astronomische Preisgefüge gelangt ist, wovon andere Bereiche und Märkte nur träumen können, seit Kunstereignisse sich zu Massen-Events auswachsen, bei denen Dabei-Sein mehr gilt als Inhalt, hat Kritik es schwerer. Die Zahlen besagen enormen Zuspruch: Zur Halbzeit meldete die bis 17. September laufende 100-Tage-Schau Rekord: Nach Kassel reisten bis vorletzte Woche 450 000 Besucher. Und schon beim Teil eins des aller fünf Jahre die globale Kunst-Karawane in Bewegung setzenden Marathons in Athen kamen 320 000, trotz der steilen Askesen-These „Von Athen lernen“.

Nur: Das System Kunst existiert eben nicht als Weltverbesserungs-Armee, als schnelle Eingreif-Truppe. Und vom Kapital ist der Kunstbetrieb schon gar nicht zu trennen. So schwebt ein gewisses Unwohlsein im Kasseler Raum. So eine Art von Verstörung selbst bei jenen, die nicht der kategorischen Meinung sind, dass man diese Weltanschauung heutzutage nicht mehr brauche. Das stimmt auch nicht. Aber Kunst ist nicht Waffe der Ideologien. Das ging schon im Sozialismus gründlich schief und verendete im Dogma. Kunst zeigt auf, berührt, macht wohl klüger, sensibilisiert. Und ermutigt. Kunst ist Kunst.

KOLUMNE

Was ist so schlimm an einem Kaiserschnitt?



Sabine Rennefanz

DDR erinnert, Polit-Agitation, 8. Klasse. Wenn man eine Zahnwurzel-Behandlung hat, redet niemand davon, dass das möglichst „natürlich“ ablaufen soll. Den Geburtsschmerz aber, etwa hundert Wurzelbehandlungen gleichzeitig, oft über Stunden hinweg, darf man nicht betäuben.

Als ich Anfang des Jahres mein zweites Kind bekam, traf ich auf der Geburtsstation des Krankenhauses eine junge Frau, die genau wusste, wie ihre Geburt ablaufen sollte, sie hatte einen Plan, mit Musik, heilenden Perlen. „Ich will keinen Kaiser-

schnitt“, war das Erste, was sie mir sagte. Anderthalb Tage später sah ich sie wieder. Sie wurde ins Zimmer hereingerollt, sie sah aus, als käme sie von einem Kriegsschauplatz, nicht nur erschöpft, sondern regelrecht geschockt. Es war ein Gesichtsausdruck, den man öfter auf Wöchnerinnen-Stationen sieht. Ein Blick, den niemand sehen will, denn man muss sofort wieder funktionieren, sich ums Neugeborene kümmern, Stillen, Windeln wechseln.

Die junge Frau wollte nicht funktionieren, das Kind sah sie kaum an, sie schimpfte auf die Hebammen. 35 Stunden hat sie in den Wehen gelegen, dann wurde das Kind per Kaiserschnitt geholt. Sie fühle sich wie eine Versagerin. Ich fragte mich, warum man ihr Martyrium nicht früher beendet hatte? Aus Personalmangel – oder vielleicht doch aus ideologischen Gründen? Es war ein Krankenhaus, das stolz auf seine geringe Kaiserschnitt-Quote ist.

Ich habe häufiger solche Geschichten gehört, von Frauen, die man in ihrem Leiden fast vergehen ließ, bevor das Kind per Kaiserschnitt geholt wurde. Manche Mütter werden Jahre brauchen, um sich von solchen Erlebnissen zu erholen. Was ist so schlimm an einem Kaiserschnitt, wenn dadurch eine Traumatisierung der Mütter vermieden werden kann? In den nächsten Jahren wird die Rate weiter steigen, weil die Frauen später ihre Kinder bekommen und die Kinder größer sind. Keine Frau sollte sich deswegen als Versagerin fühlen.

AUSLESE

Die Steinzeit der Gefühle

Die in Warschau geborene Anna Mudry war 1969 und 1973 im Auftrag der Berliner Zeitung in Vietnam. Jetzt sind 15 Reportagen aus jenen Jahren im Pirmoni-Verlag erschienen. Keiner der hier abgedruckten Texte erschien so, wie er hier steht, in der Berliner Zeitung. In ihrem Vorwort schreibt Anna Mudry heute: „In meinem wachsenden Drang während meiner journalistischen Tätigkeit (die ich 1974 abbrach), mich als Berichterstatterin ideologisch orientierter Verhaltensmustern zu entziehen, fand ich insbesondere bei den zwei amerikanischen Autorinnen bzw. Kriegsreporterinnen Martha Gellhorn und Mary McCarthy Anstöße und Ermutigung.“

Ich weiß, wie wichtig mir – ich lebte damals in Frankfurt am Main – Mary McCarthys Vietnam-Reportagen waren. Auch als Gegengift zu den die USA bejubelnden Kommentaren in der FAZ. Anna Mudry war keine Kriegsberichterstatterin. Sie berichtete während einer Kriegspause über die Verheerungen des Krieges: „Zwischen 1964 und 1968 wurden (in Vietnam) 420 Tempel und Pagoden, 475 christliche Kirchen und 12 Museen beziehungsweise Gedenkstätten zerstört oder schwer beschädigt.“ Das ist ein Nichts im Vergleich zu den Toten und Verwundeten, zu den mit Napalm übersättigten Wäldern, Dörfern und Menschen, über die Anna Mudry natürlich auch schreibt, aber sichtbar wird die blinde Wut, mit der die Bomber alles zerstörten, das unter ihnen lag.

Der erste Artikel der Sammlung ist die Begegnung mit einer – damaligen – Berühmtheit. Das Foto von der kleinen zierlichen Frau, die einen US-Hünen abführt, ging damals um die Welt. Es entstand 1965. Anna Murphy suchte sie auf und schrieb über diese Begegnung. Der Text, den wir lesen, entstand wieder viele Jahre später. Anna Murphy schreibt: „Der amerikanische General Curtis Lemay sagte: ‚Wir werden Vietnam in die Steinzeit zurückbomben.‘ Sie bombten und bombten. Aber eines Tages trotzte ein amerikanischer Pilot vor einer kleinen Vietnamesin her, in seine Gefangenschaft. Und dann, einige Jahre später, verschwanden die letzten amerikanischen Soldaten in den Rümpfen der Transportflugzeuge, die sie in ihre 10 000 Kilometer entfernte, des aussichtslosen Krieges müde gewordene Heimat brachten.“

Anna Mudry schreibt auch darüber, dass Saigon nicht nur ein strategisches Ziel war. Die im Süden gelegene Stadt war auch für viele Nordvietnamesen ein Sehnsuchtsort, eine Stadt der Liebe und der Erinnerung daran. Ohne auch ganz weiche Motive kann auch der härteste Krieg nicht geführt werden. Das gilt wahrscheinlich für beide Seiten. Am Ende besiegt womöglich das weiche Wasser den harten Stein. Anna Mudry vermittelt ein wenig von dieser – womöglich illusorischen, aber uns trotzdem helfenden – Hoffnung.

Arno Widmann

Berliner Zeitung

PFLICHTBLATT DER BÖRSE
BERLIN

Chefredakteur: Jochen Arntz.

Mitglieder der Chefredaktion: Elmar Jehn, Thilo Knott, Newsdesk Chefs (Nachrichten/Politik/Wirtschaft): Tobias Miller, Michael Heun, Michael Pfisterer. Textchefin: Bettina Cosack. Newsroom-Manager: Jan Schmidt. Teams: Gesellschaft: Katja Reim, Investigativ: Kai Schlieter, Kultur: Harry Nutt, Regio: Arno Schupp, Maik Schult, Karim Mahmoud, Service: Klaus Kronsbien, Sport: Markus Lotter, Story: Christian Seidl, Meinungsseite: Christine Dankbar, Seite 3: Bettina Cosack. Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressegesetzes.

Chefreporterin: Anja Reich
Art-Direktion: Felix Scheer, Annette Tiedge
Newsleader Regio: Sabine Deckwerth, Stefan Henseke.
Newsleader Sport: Matthias Fritzsche, Jörg Winterfeldt.
DuMont Hauptstadtdirektion:
Steven Geyer (Leitung)
Christian Bommarius, Arno Widmann.
Autoren: Joachim Frank, Holger Schmale, Dieter Schröder.
Istanbul: Frank Nordhausen, London: Sebastian Borger, Moskau: Stefan Scholl, Paris: Axel Veiel, Peking: Finn Mayer-Kuckuck, Rom: Regina Kerner, Washington: Karl Doemens.

Redaktion: Berliner Newsroom GmbH, Berlin24 Digital GmbH, Geschäftsführung: Jörg Mertens.
Alte Jakobstraße 105, 10969 Berlin
Leserbrieftelefon: 030-63 33 11-457
E-Mail: leser-blz@dmont.de

Berliner Verlag GmbH
Geschäftsführer: Michael Braun, Jens Kauerauf.
Postadresse 11509 Berlin.
Besucher: Alte Jakobstraße 105,
Telefon: (030) 23 27-9; Fax: (030) 23 27-55 33;
Internet: www.berliner-zeitung.de.

Vertrieb: BVZ Berliner Leserservice GmbH, Kay Rentsch.
Leserservice Tel.: (030) 23 27-77; Fax: (030) 23 27-76
www.berliner-zeitung.de/leserservice
Anzeigen: BVZ BM Vermarktung GmbH (BerlinMedien), Andree Fritzsche.
Postfach 11 05 06, 10835 Berlin.
Anzeigenannahme: (030) 23 27-50; Fax: (030) 23 27-66 97
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 29, gültig seit 1.1.2017.

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin, Internet: www.berliner-zeitungsdruck.de
Die Berliner Zeitung erscheint sechs Mal in der Woche. Bezugspreis monatlich 39,90 € einschl. 7% Mehrwertsteuer, außerhalb von Berlin und Brandenburg 43,00 €; AboPlus, inklusive Stadtmagazin tip 45,10 € (nur in Berlin und Brandenburg). Bezugspreis des Studentenabonnements monatlich 23,90 €, außerhalb von Berlin und Brandenburg 24,60 €. Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskämpfen (Streik/Aussperrung) besteht kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.
Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte. Für unangeforderte eingesandte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen.
Die Auflage der Berliner Zeitung wird von der unabhängigen Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern geprüft.
Die Berliner Zeitung ist die reichweitenstärkste Abonnementzeitung Berlins und erreicht laut Medianalyse 2017 in Berlin und Brandenburg täglich 305 000 Leser.
ISSN 0947-174X